

Adelson, dem Vorsitzenden von Las Vegas Sands. Das Grundstück lag brach, seit eSun im Jahr 2001 von der Regierung die Genehmigung erhalten hatte, dort ein Satelliten-TV-Studio zu bauen. Der damalige geschäftsführende Direktor von eSun, Mark Lee Po-on, sagte, die Firma habe das Grundstück für 25 Jahre von der Regierung für 23 Mio. MPtc geleast.

Esun gehört zur Lai Sun Development Co. Ltd., Hotelbetreiber und Grundstücksentwickler mit Aktivitäten in Hongkong und Vietnam. Lai Sun gehören 34,83% von eSun und eSun 40,8% von Lai Sun. (SCMP, TS, 24., 25.4.06; <http://sg.biz.yahoo.com>, <http://asia.news.yahoo.com>, Aufruf 26.4.06)

Bau der Hongkong-Macau-Zhuhai-Brücke problematisch, aber „absolut möglich“

Die Fertigstellung der Hongkong-Macau-Zhuhai-Brücke in den nächsten fünf Jahren ist „absolut möglich“ (SCMP, 26.4.06). Dies gab der Vorsitzende der Entwicklungs- und Reformkommission der Provinz Guangdong, Chen Shanru, am 25. April bekannt. Er hoffe, dass die Bauarbeiten im kommenden Jahr beginnen könnten. Vor der endgültigen Planung der Brücke durch die Architekten (und der dann erst möglichen genaueren Kostenberechnung) müssten zwei größere Hindernisse überwunden werden: zum einen die Umweltfrage, zum anderen die Zuständigkeiten für die Brücke.

Der Bau habe sich als viel komplizierter erwiesen als anfangs angenommen, so Chen. Für diesen September hofft er mit der Fertigstellung der Studie über die Umwelt-

folgen. Schwieriger sei allerdings die Aufteilung der Zuständigkeit zwischen der Stadt Zhuhai und den beiden SVRs. Die drei Städte hätten ihre eigenen Rechts- und Verwaltungssysteme. Eine Expertengruppe arbeite an der Lösung des Problems. Hinsichtlich der Finanzierung durch Investoren zeigte sich der Funktionär optimistisch. Provinzbeamte versicherten Hongkonger Journalisten auch, dass sie voll hinter dem Projekt stünden und es keinen Plan gäbe, es zu ersetzen. Auch eine Erweiterung der Y-förmigen Brücke in eine Doppel-Y-Konstruktion, durch die Shenzhen noch mit angebunden würde, sei nicht im Gespräch. Chen Shanru dementierte auch Gerüchte, dass Guangdong eine Brücke von Shenzhen nach Zhongshan als Alternative zum Brückenprojekt plane. (SCMP, 26.4.06)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

Pandas: Geschenk abgelehnt

Was im April/Mai 2005 mit dem Besuch des damaligen KMT-Vorsitzenden Lien Chan (Lian Zhan) bei der kommunistischen Schwesterpartei auf dem Festland als politische Geste begonnen hatte, wurde nun, elf Monate später, in ebenso politischer Weise zurückgewiesen: Die zwei Großen Pandas, die die VR China als tierische Botschafter ihrer Liebe zu den taiwanischen Landsleuten nach Taiwan schicken wollten, sind dort definitiv nicht willkommen.

Angeführt wurden sachliche Gründe. Der Rat für Landwirtschaft gab bekannt,

Taiwan könne die Tiere nicht entsprechend pflegen, wie es die Tierschutzgesetze und das Washingtoner Artenschutzabkommen verlangten. Letzteres schreibt in Artikel 3 vor, dass die Einfuhr von gefährdeten Arten nach Anhang 1 – hierzu zählen die Pandas – nur erfolgen darf, wenn dadurch das Überleben der Art nicht gefährdet wird und wenn die angemessene Unterbringung der betreffenden Tiere garantiert werden kann.

Tatsächlich ging es dabei auch um Taiwans Status: Laut VR-chinesischer Ansicht wäre die Überführung der Tiere in einen taiwanischen Zoo eine innerchinesische Angelegenheit gewesen. Taiwan konnte dies nicht akzeptieren und verlangte, dass die Bedingungen des Washingtoner Artenschutzabkommens einzuhalten seien.

Dass sich Taiwan nun als unfähig erklärt, diesen Bestimmungen zu entsprechen, war zweifellos politisch gewünscht. Die Charmeoffensive der Gegenseite kam Präsident Chen Shui-bian und seiner Regierung höchst ungelegen – umso mehr, als die Tiere auch noch mit großem öffentlichen Brimborium Tuantuan und Yuanyuan genannt worden waren – *tuanyuan* heißt so viel wie „vereint“. Gleichwohl hatte die VR China ihren Propagandaerfolg. Die Zurückweisung des Geschenks – sachlich nicht überzeugend begründet, da passende Bedingungen zur Unterbringung der Tiere hätten geschaffen werden können, – wirkt kleinlich und zeugt nicht eben von nationalem Selbstbewusstsein. (CNAT, nach BBC PF, 24.3.06; WSJ, 23., 31.3.06)

Präsident Chen trifft KMT-Vorsitzenden Ma

Ende März kündigte Ma Ying-jeou, Vorsitzender der größten Oppositionspartei KMT, an, Präsident Chen Shui-bian treffen zu wollen. Chen erklärte sich wenige Tage später dazu bereit; die Begegnung fand am 3. April statt. Sie wurde in voller Länge im Fernsehen übertragen.

Derartige Treffen zwischen den Führern der verfeindeten politischen Lager – dem „grünen“ des Präsidenten (mit den Parteien DPP und TSU) und dem „blauen“ der Opposition (KMT, PFP) – sind in Taiwan eine Rarität. Seit Chens Wiederwahl am 20.3.2004 gab es keinen direkten Meinungs austausch.

Der jetzige Annäherungsversuch wurde erst möglich, nachdem der intransigente Lien Chan, der Chen Shui-bian sogar die Anerkennung als Präsident verweigerte, letzten Sommer auf dem Posten des KMT-Vorsitzes von Ma abgelöst worden war und es Ma seinerseits gelang, seine Position in der KMT zu konsolidieren. Letzterer Aspekt ist angesichts des tiefen Grabens, der die politischen Lager trennt, in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Im Februar 2005 hatte es bereits ein Gipfeltreffen zwischen dem PFP-Vorsitzenden James Soong und Präsident Chen gegeben (vgl. C.a., 2/2005, Dok. 46). Damals war es zwar zunächst zu einer Annäherung gekommen, doch hatte sich Soong anschließend heftiger Kritik aus den eigenen Reihen gegenübergesehen. So war es schließlich bei dem einmaligen Treffen geblieben, und die Positionen drifteten anschließend wieder auseinander. Die Gegensätze zwischen der KMT und Präsident Chen sind

nur marginal kleiner. Auch KMT-Chef Ma musste bei seinem Annäherungsversuch mit Widerstand in seiner Partei rechnen. Die weitere Entwicklung bestätigte diese Einschätzung, denn die KMT-Fraktion im Legislativ-Yuan versagte Ma im April mehrfach die Gefolgschaft.

Ma hatte denn auch für seine Initiative einen Zeitpunkt ausgesucht, in dem er im Allgemeinen Ansehen gestiegen war: Er hatte im Februar eine zehntägige USA-Reise absolviert und dort politische Gespräche geführt. Entsprechend begründete er seinen Vorstoß damit, er wolle dem Präsidenten nach seiner Reise Vorschläge unterbreiten.

Präsident Chen ging auf den Vorschlag vor allem aus zwei Gründen ein. Zum einen wird der umstrittene Sonderetat zur Beschaffung von US-amerikanischer Rüstung im Legislativ-Yuan noch immer von der Opposition blockiert. Da bekannt ist, dass dies zum Missfallen der USA geschieht und sich Ma auf seiner Reise diesbezügliche Vorhaltungen anhören musste, konnte Chen hoffen, Ma zu öffentlichen Zugeständnissen in der Sache zu bewegen. Der zweite Grund ist, dass Chens öffentliches Ansehen derart tief gesunken ist, dass er durch eine zweistündige Fernsehdebatte eigentlich nur profitieren konnte, zumal er selbstverständlich überzeugt war, gegenüber Ma und der Öffentlichkeit mit den besseren Argumenten punkten zu können.

Das Gespräch hatte in weiten Teilen die China-Politik zum Gegenstand, und zwar in ihren diversen Aspekten: die Chancen für eine Wiederbelebung des Dialogs, die Ein-China-Doktrin, die Rüstungskäufe, die Abschaffung des Wiedervereinigungsrats, ei-

ne mögliche Verfassungsreform und ihre Auswirkungen auf den Status quo. Einig war man sich am Ende nur darin, dass man von politischer Konfrontation zu mehr Kooperation kommen und der Wirtschaft mehr Gewicht einräumen wolle. Beobachter empfanden das Gespräch trotz fortbestehender Meinungsunterschiede als nützlich, zumal es im Ton verbindlich war und beide Politiker einander mit Respekt begegneten.

Das Treffen könnte die dringend nötige Überbrückung der Kluft einleiten, die Taiwans politische Landschaft spaltet und die Entwicklung des Landes seit Präsident Chens erstem Amtsantritt im Jahr 2000 lähmt sowie die taiwanische Demokratie in Misskredit bringt. Allerdings sind die Aussichten dafür nicht günstig, denn große und womöglich maßgebliche Teile der Basis sind auf beiden Seiten nicht willens, von der Totalkonfrontation, die streckenweise Züge eines Glaubenskriegs angenommen hat, abzulassen. Hat schon der angesehene Ma Ying-jeou Schwierigkeiten, in seiner Partei eine versöhnlichere Politik durchzusetzen, gilt dies für den politisch stark geschwächten und kaum noch handlungsfähigen Chen Shui-bian noch viel mehr.

Obwohl die Initiative zu dem Treffen von Ma ausging, erscheint nachträglich allerdings er als der Umworbene. Jedenfalls äußerten auch DPP-Vorsitzender Yu Shyi-kun (You Xikun) und Premierminister Su Tseng-chang (Su Zhenchang) anschließend den Wunsch, sich mit Ma zu treffen. Eine KMT-Sprecherin entgegnete kühl, die DPP solle erst einmal mit sich selbst ins Reine kommen, was die Kernpunkte ihrer Politik angehe.

In der Tat kann sich die KMT mit ihrem neuen Vorsitzenden eine gewisse Arroganz im Umgang mit der Regierungspartei leisten. Dies folgt nicht nur aus den Mehrheitsverhältnissen im Parlament, sondern auch aus den Meinungsumfragen nach dem Gipfgespräch. Nach einer Umfrage, die ein Kabelfernsehsender in Auftrag gab, gaben die Zuschauer Ma 72 von 100 möglichen Punkten, während Chen nur 54 Punkte erhielt. Bei einer Umfrage der Zeitung *United Daily News* (*Lianhe Bao*) erklärten 52% der Befragten, Ma habe eine bessere Figur gemacht als Chen. Nur 12% sahen den Präsidenten vorn.

Allerdings sank bei Ma Ying-jeou die allgemeine Zustimmungsrage, die bei der Rückkehr von seiner USA-Reise auf 67% gestiegen war, nach dem Fernsehduell auf 58%. Eine KMT-Sprecherin führte dies darauf zurück, dass viele KMT-Anhänger das Treffen mit Präsident Chen ablehnten. Anders als erhofft, konnte Chen davon übrigens nicht profitieren. Sein Zustimmungswert blieb unverändert niedrig bei rund 20%. (WSJ, 29., 31.3., 3.4.06, SCMP, 30.3., 3., 4.4.06; TT, 2., 4., 10., 13., 15.4.06; CNAT, nach BBC PF, 2., 5.4.06, ST, 5.4.06)

Skandalserie löst politisches Erdbeben aus

Schon im September und Oktober letzten Jahres hatte ein umfangreicher Skandal, der bis in den Präsidentenpalast reichte, das Ansehen der Regierungspartei, aber auch von Präsident Chen selbst erschüttert (vgl. C.a., 6/2005, Dok. 39). Im April und Mai nun kamen weitere Unregelmäßigkeiten und dubiose Finanztransaktionen im Umfeld des

Präsidenten hinzu. Sie könnten am Ende der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, womöglich aber auch schon vor deren Abschluss, zum Rücktritt von Präsident Chen oder zu seiner Amtsenthebung führen. Auch die Regierungspartei DPP ist schwer angeschlagen. Im Zuge der Enthüllungen wurden freilich von einigen Medien auch Anschuldigungen vorgebracht, die lediglich auf Mutmaßungen beruhten, sofern es sich nicht um schlichte Verleumdungen handelte.

Anfang April machte zunächst der Korruptionsskandal vom letzten Herbst wieder Schlagzeilen, als Chen Che-nan (Chen Zhen-an), früher Berater von Präsident Chen, als Beschuldigter in einem schweren Betrugsfall in Untersuchungshaft kam. Er gestand, im Jahr 2002 7,1 Mio. NT\$ an Bestechungsgeldern angenommen zu haben; zudem wird er vom Staatsanwalt beschuldigt, seine Zeit im Präsidentenpalast für Insidergeschäfte an der Börse genutzt zu haben. Chen Che-nan ist darüber hinaus in mehrere weitere Bestechungsskandale verwickelt. Am 13.4. schloss die DPP zwei Parlamentarier aus, gegen die die Staatsanwaltschaft ebenfalls ermittelte – wegen Betruges.

Tags darauf erreichte die Skandalwelle Präsident Chens Frau Wu Shu-chen, der vorgeworfen wurde, im Jahr 2003 von einem Kaufhaus Einkaufsgutscheine im Wert von 240.000 NT\$ angenommen zu haben. Präsident Chen wies diese Behauptungen zurück und erklärte, er werde zurücktreten, falls sie zutreffen sollten; außerdem reichten er und seine Frau Verleumdungsklage ein gegen den KMT-Volkvertreter, der die Vorwürfe erhoben hatte. Unterdessen hatte sich Chens Tochter gegen die Vorwürfe eines Journa-

listen zu wehren, sie habe in den USA ein Konto eröffnet, das ihrem Vater dazu dienen solle, Vermögenswerte zu verstecken; die Tochter reichte ebenfalls eine Verleumdungsklage ein. Ein Fernsehjournalist beschuldigte zudem den Vizeregensekretär des Präsidenten, in finanzielle Unregelmäßigkeiten verwickelt zu sein; auch hier kam es zu einer Verleumdungsklage.

Chen Shui-bian appellierte an die Öffentlichkeit, hinsichtlich der Anschuldigungen gegen Angehörige seiner Familie den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Hinter der von der Opposition geschürten Schmutzkampagne stecke die VR China, die ihn los werden wolle. Tags darauf sah er sich von seinem eigenen Justizminister bloßgestellt, der erklärte, es gebe keinerlei Hinweise darauf, dass China etwas mit den gegen den Präsidenten und seine Familie gerichteten Vorwürfen zu tun habe.

Dies war allerdings erst der Anfang. Wirken die bisher erhobenen Vorwürfe gegen den Präsidenten und sein Umfeld wenig substantiell, müssen die folgenden Ereignisse als wesentlich ernster eingestuft werden.

Am 25. April gab der Kontroll-Yuan einen Bericht frei, wonach Chens Frau Wu Shu-chen Wertpapiere im Marktwert von 48,3 Mio. NT\$ besaß – gegenüber 8,2 Mio. 22 Monate zuvor. Dieses Geldvermögen wurde von der Hua Nan Bank verwaltet, deren Eigentümer in mehrere Finanzskandale verwickelt war, unter anderem in Auseinandersetzungen um jenes Kaufhaus, von dem Frau Wu die besagten Einkaufsgutscheine erhalten haben soll. Gravierender aber – und nicht abzustreiten – war, dass Präsident Chen Ende 2003 versprochen hatte, er

selbst und seine Familie würden ihre Wertpapiere in treuhänderische Verwaltung geben und keine weiteren Investitionen vornehmen. Der Hintergrund: Schon damals hatte sich Wu Shu-chen des Vorwurfs erwehren müssen, Insidergeschäfte betrieben zu haben. Wie nun der Kontroll-Yuan-Bericht auswies, hatte Wu entgegen der von ihrem Mann gegebenen Zusage weitere Geldmittel – rund 40 Mio. NT\$ – in Wertpapiere investiert. Damit stand sie erneut im Verdacht, Insidergeschäfte betrieben zu haben. Um dieser Anschuldigung die Spitze zu nehmen, erklärten der Präsident und seine Frau, sie würden alle eventuellen Gewinne für wohltätige Zwecke spenden. Ein Sprecher des Präsidenten bezifferte die Spendenhöhe auf 4 Mio. NT\$ – deutlich mehr als der Gewinn von 2,6 Mio. Acht Wohltätigkeitsorganisationen wurden als Empfänger genannt.

In einem beispiellosen Schritt forderte nunmehr DPP-Vorsitzender Yu Shyi-kun (You Xikun) den Präsidenten am 28.4. öffentlich auf, hinsichtlich aller Anschuldigungen für Klarheit zu sorgen. Beobachter werteten dies als deutliches Signal, dass sich die Regierungspartei von ihrem Präsidenten abwendet. Auch DPP-Parlamentarier drangen auf Aufklärung. Einen Monat später, als der Skandal seinen (vorläufigen?) Höhepunkt erreichte, war der Zorn an der DPP-Basis allerdings derart angeschwollen, dass sich Yu Shy-kun, Vizepräsidentin Annette Lü, Premierminister Su Tseng-chang (Su Zhen-chang) und dessen Vorgänger Frank Hsieh (Xie Changting) genötigt sahen, die Partei in einem gemeinsamen Appell zur Einheit und zur Solidarität mit dem Präsidenten aufzurufen.

Die Situation hatte sich mittlerweile dadurch dramatisch verschärft, dass Chen Shui-bians Schwiegersohn Chao Chien-ming (Zhao Jianming) in den Verdacht geraten war, unter dem Namen seiner Mutter an der Börse Insiderhandel betrieben und dadurch seinen Einsatz versechsfacht zu haben. Chao bestritt zunächst, etwas Unrechtes getan zu haben, und bot an, einen Teil seines Spekulationsgewinns für wohltätige Zwecke spenden zu wollen, doch fand die Staatsanwältin den Anfangsverdacht bestätigt, nachdem sie eine Hausdurchsuchung durchgeführt hatte. Nach einem zehnstündigen Verhör kam Chao am 25. Mai in Untersuchungshaft. In der Affäre wurde auch Finanzminister Joseph Lyu von der Staatsanwaltschaft vorgelesen. Chao selbst war zuvor aus der DPP ausgetreten, „um der Partei keinen weiteren Schaden zuzufügen“ (WSJ, 18.5.06).

Falls er verurteilt wird, drohen dem Schwiegersohn des Präsidenten nach taiwanischem Gesetz bis zu drei Jahre Haft. Der politische Schaden ist schon jetzt überaus hoch und betrifft nicht nur mehr die DPP, da die politische Spitze des Landes durch die Skandale teilweise paralysiert ist. Bereits bevor sich die Affären auf Chao Chien-ming ausweiteten, äußerten in Umfragen bis zu 77% der Befragten, sie seien mit der Amtsführung des Präsidenten unzufrieden. Der Druck auf den Präsidenten wächst zurückzutreten. Auch von einem Amtsenthebungsverfahren ist die Rede. Damit kann die Opposition allein zwar im Parlament nicht durchdringen, doch falls Chen nicht zurücktritt, hofft sie, dass die DPP im Interesse ihrer zukünftigen Wählbarkeit den Präsidenten

fallen lässt. Immerhin stehen in weniger als zwei Jahren Präsidentschaftswahlen an.

Würde Chen Shui-bian gestürzt, träte freilich die undiplomatische, als chinapolitische Hardliner bekannte Vizepräsidentin Anette Lü an seine Stelle, und diese Vorstellung wird selbst manchem DPP-Mitglied Unbehagen verursachen. (SCMP, 8., 27., 28., 29.4., 27.5.06; WSJ, 13.4., 18., 24.5.06; ST, 14., 28., 29.4., 16., 25., 26.5.06; TT, 18., 24., 25., 26.4., 2., 15., 16., 17., 18., 19., 30.5.06; CNAT, nach BBC PF, 18.4., 2., 19.5.06)

USA signalisieren Verärgerung über Politik Chen Shui-bians

Als Präsident Chen Shui-bian im Februar die Außerkraftsetzung des Wiedervereinigungsrats und seiner Richtlinien bekannt gab, war dies nicht das erste Mal, dass er die Regierung der Vereinigten Staaten mit Schritten befremdete, die auf eine Änderung von Taiwans Status zielen. Das im März 2004 durchgeführte Referendum sowie Chen Shui-bians Plan, Taiwan eine neue Verfassung zu geben, sind die auffälligsten Beispiele aus den letzten Jahren. Im April 2004 hatte wegen mangelnder Kommunikation mit Washington sogar der damalige Außenminister Eugene Chien (Jian Youxin) seinen Hut nehmen müssen (vgl. C.a., 4/2004, Ü 35).

Für den jüngsten Affront erhielt Chen nunmehr die Quittung: Als er darum bat, auf dem Flug zu Taiwans lateinamerikanischen Verbündeten in den USA eine Zwischenlandung einlegen zu dürfen und erneut New York sowie alternativ San Francisco als Wunschflughafen vorzug, wurden ihm statt-

dessen nur Anchorage (in Alaska) und Hawaii angeboten, also ausgerechnet die beiden Flughäfen, die am weitesten vom politischen Zentrum entfernt sind. Gegenüber der Vorzugsbehandlung, die man Chen Shui-bian früher eingeräumt hatte, als er sich in den Jahren 2001 und 2003 sogar in New York aufhalten durfte und dort politische Gespräche führen konnte, ist dies eine Degradierung um mindestens zwei Stufen – knapp oberhalb einer totalen Landeverweigerung.

In Taipei war man von der Entscheidung offenbar völlig überrascht und reagiert beleidigt. Außenminister James Huang (Huang Zhifang) erklärte vor Journalisten, man sei nicht zufrieden mit der Regelung, wolle Washington aber auch keine Schwierigkeiten machen.

In der taiwanischen Presse wurde der Fall als erneutes Beispiel für die Unfähigkeit des Präsidenten angeführt, eine schlüssige politische Strategie zu verfolgen. Als Grund für die Zurücksetzung des taiwanischen Präsidenten wurde vielfach allerdings angeführt, Washington müsse auf chinesische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen, um seine Probleme mit Nordkorea und dem Irak zu lösen, doch in Taipei habe man dies nicht erkannt und besitze keine Gegenstrategie. Tatsächlich führen Zwischenlandungen taiwanischer Präsidenten auf dem Boden chinesischer Verbündeter stets zu Protesten seitens Beijings. In der Vergangenheit hatte man diese in Washington jedoch nicht nur in Kauf genommen, sondern Präsident Chen auch gestattet, sich außerhalb des Flughafens einzuquartieren und amerikanische Politiker zu empfangen – und die amerikanisch-chinesischen Beziehungen hatten dadurch keinen

Schaden genommen. Nach dem Besuch von Staatschef Hu Jintao in Washington und angesichts der chinapolitischen Interessen der USA hätte es genügt, Chen für die Zwischenlandung verschärfte Auflagen zu machen – einem Bericht des Wall Street Journal zufolge hatte Beijing lediglich verlangt, Chen einen Aufenthalt in New York zu verwehren. Washington D.C. ist für ihn ohnehin tabu. Dort aber tat man mehr und signalisierte, dass man die Alleingänge von Präsident Chen, sein wiederholtes chinapolitisches Störfeuer, missbilligt.

In Taipei mochte man die Degradierung allerdings nicht hinnehmen und entschied, die USA überhaupt zu meiden. Stattdessen wurden Zwischenlandungen in Abu Dhabi, Tripolis, Amsterdam und Indonesien eingelegt. Zwar bestritt Chen anschließend, dass die Beziehungen zu den USA Schaden genommen hätten – vielmehr habe China die USA unter Druck gesetzt und sei der wahre Schuldige –, doch zweifellos haben die Beziehungen zwischen Taipei und Washington einen neuen Tiefpunkt erreicht. Dabei ist die US-Regierung nicht nur mit Präsident Chen unzufrieden, sondern auch mit der Opposition, die mit ihrer Parlamentsmehrheit den Kauf von US-Rüstungsgütern seit über einem Jahr verhindert.

Interessanterweise konnte der (voraussichtliche) zukünftige Präsidentschaftskandidat der Oppositionspartei KMT und Taipeier Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) allerdings im Februar sogar nach Washington reisen. Auch wenn hier andere protokollarische Gegebenheiten vorlagen, sodass sich ein direkter Vergleich verbietet, deutet sich doch an, dass Washington ein Macht-

wechsel in Taipei nicht unwillkommen wäre. Zumindest verspricht Ma, eine „sanftere“ China-Politik zu betreiben, die mit den amerikanischen Zielen besser harmoniert als der Taiwan-Unabhängigkeitskurs Chen Shui-bians und seiner Partei DPP. (ST, 3., 4., 6.5.06; WSJ, 3., 4., 9.5.06; FT, 12.5.06; SCMP, 3., 4.5.06; NZZ, 5.5.06; TT, 6., 9., 15.5.06; CNAT, nach BBC PF, 7.5.06)

KMT-Besuch in Beijing: Kommt Bewegung ins Verhältnis mit China?

Mitte April reiste der Ehrenvorsitzende der Nationalen Volkspartei KMT, Lien Chan (Lian Zhan) mit einer 170-köpfigen Delegation zu einem Wirtschaftsforum nach Beijing. Es war sein zweiter Besuch auf dem Festland – den ersten hatte er Ende April/Anfang Mai letzten Jahres noch als KMT-Vorsitzender absolviert (vgl. C.a., 3/2005, S. 17-24). Auch dieses Mal traf Lien wieder mit Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao zusammen. Das Forum wurde gemeinsam von der KP-Ch und der KMT organisiert; sein Thema lautete auf Englisch: Cross-strait economic and trade exchange and direkt air and shipping services. Befürworter einer taiwanischen Unabhängigkeit kritisierten, die Veranstaltung sei Teil einer gegen Taiwan gerichteten Einheitsfront.

Wie schon im Vorjahr hielt Beijing eine Reihe von „Geschenken“ für Taiwan parat, die die taiwanische Regierung schlecht ablehnen kann, auch wenn ihr diese Wohltaten aus politischen Gründen sauer aufstoßen. Zu den Erleichterungen für Taiwan gehörten folgende Konzessionen:

- Die Zahl der Obstsorten, die Taiwan auf das Festland exportieren kann, steigt um vier auf 22;
- elf taiwanischen Gemüsesorten wird Zollfreiheit gewährt;
- taiwanische Fischer dürfen ihren Fang auf dem Festland löschen;
- festländische Firmen dürfen zur Erntezeit nach Taiwan reisen, um landwirtschaftliche Produkte einzukaufen;
- taiwanische Ärzte dürfen auf dem Festland tätig werden;
- an Krankenhäusern dürfen taiwanische Kapitalgeber mit bis zu 70% beteiligt sein;
- mehr Stadtregierungen als bisher dürfen Einreiseerlaubnisse für Taiwaner erteilen;
- an taiwanischen Universitäten erworbene Abschlusszeugnisse werden anerkannt.

Anders als im Vorjahr gab es im Vorfeld der China-Reise Lien Chans keinen Streit mehr darüber, ob diese überhaupt mit Recht und Gesetz vereinbar sei. Stattdessen versuchte die Regierung, die Gefahr läuft, einer von der Opposition getragenen Entwicklung nur noch hinterherzulaufen, die Initiative zurückzugewinnen und kündigte bereits bei der Abreise Lien Chans und seiner Delegation Schritte zu einer Liberalisierung des chinesisch-taiwanischen Verhältnisses an:

- Taiwan werde die Reisebeschränkungen für Touristen vom Festland aufheben, sobald China seinerseits seinen Bürgern Taiwan-Reisen gestattet;
- Taiwan werde innerhalb eines halben Jahres mehr direkte Charterflüge für

Fracht und Passagiere als bisher ermöglichen.

Die Ankündigungen trafen bei der KMT auf freudige Zustimmung.

Bisher können Bürger der VR China, die Taiwan besuchen wollen, keine direkten Reisen unternehmen. Sie müssen über ein Drittland kommen und sich einer Gruppe anschließen. Auch ist die Zahl der Einreisenden auf maximal 1.000 pro Tag begrenzt. Gleichwohl erreichte die Zahl der Taiwan-Touristen mit VR-chinesischem Pass im letzten Jahr bereits 54.000 – eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Da in diesem Sektor ein gigantisches Potenzial steckt, erhofft sich Taiwan durch eine Liberalisierung des chinesischen Taiwan-Tourismus erheblichen wirtschaftlichen Nutzen. Freilich müssten die Transportkapazitäten entsprechend angepasst werden. Die beiden genannten Initiativvorschläge der taiwanischen Regierung stehen daher in direktem Zusammenhang miteinander.

China wird sich diesen Initiativen kaum verschließen können und wollen. Die Öffnung direkter Flugverbindungen zählt ohnehin seit langem zu Beijings Forderungen, und auf dem gemeinsamen Wirtschaftsforum wurde auch die Förderung des chinesischen Taiwan-Tourismus in die Liste gemeinsamer Vorschläge geschrieben.

Einer Umsetzung stehen auch kaum noch größere Hürden entgegen. Zwar möchte Taiwan den nötigen bilateralen Gesprächen einen möglichst offiziellen Charakter verleihen, während Verhandlungen mit Taiwan auf Regierungsebene oder durch andere staatliche Stellen für die VR China nicht

in Frage kommen. Nachdem für die bisherigen Charterflüge zum chinesischen Neujahrsfest (Frühlingsfest) aber bereits eine Lösung gefunden werden konnte, mit der beide Seite zufrieden waren – dort verhandelte für Taiwan die Taipei Airlines Association als private Organisation, wenn auch in stillschweigendem staatlichen Auftrag –, wird man dieses Modell auch auf andere Bereiche anwenden bzw. weiterentwickeln.

Ganz im Sinne der angekündigten Liberalisierung wird zum 1. Juni schon mal der kleine Grenzverkehr zwischen dem Festland und der zu Taiwan gehörenden Insel Quemoy (Kinmen, Jinmen) ausgebaut. Wie Premierminister Su Tseng-chang (Su Zhen-chang) Ende April ankündigte, soll zu der bestehenden Fährlinie von Quemoy nach Xiamen (Amoy) eine zweite nach Quanzhou hinzukommen.

Was nun die von VR-chinesischer Seite angekündigten Erleichterungen angeht, so sind sie geschickt gewählt, denn davon profitieren vor allem Fischer und Landwirte, die zu den treuesten DPP-Anhängern zählen. Was die Anerkennung taiwanischer Diplome angeht, so wurden in Taiwan zwar Stimmen laut, dadurch könne eine Abwanderung akademisch ausgebildeter Taiwaner aufs Festland ausgelöst werden, doch hat Taiwan natürlich keine Handhabe, China die Anerkennung seiner Diplome zu untersagen.

Ganz im Sinne Beijings dürfte sein, dass die Angebote die taiwanischen Hardliner in die Enge treibt und dabei auch das „grüne“ Lager spalten hilft. Tatsächlich wurde schon im April deutlich, dass Premierminister und Regierung einerseits und Präsident sowie

Vizepräsidentin andererseits die Vorgänge unterschiedlich beurteilen: Während Joseph Wu, Taiwans „China-Minister“ erklärte, die Regierung habe in Sachen taiwanisch-chinesischer Beziehungen stets Offenheit gezeigt, sprach Präsident Chen Shui-bian von einer bössartigen Intention, die Beijing mit dem Wirtschaftsforum verfolge. Vizepräsidentin Lü sah im Gespräch Lien Chans mit Hu Jintao sogar die Gefahr einer Krise für Taiwan heraufziehen.

Präsident Chens Absicht, eine härtere chinapolitische Linie zu fahren, ist bekannt; er äußerte sich dazu programmatisch beispielsweise in seiner Neujahrsansprache (vgl. C.a., 1/2006, S. 147-149). Sein Machtverlust ist auch auf Grund der Skandale (s. obige Dokumentation) allerdings bereits derart fortgeschritten, dass seine Regierung ihm nicht mehr folgt. Die Weichen für engere Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße scheinen jedenfalls gestellt zu sein. (SCMP, 16., 26.4.06; TT, 12., 14., 16.4.06; ST, 14., 16.4., 6.5.06; Xinhua, nach BBC PF, 15.4.06)